

„Zackbumm – gleich gibt’s eine Strafe“

Zwei Betroffene erzählen von den Hartz-IV-Sanktionen der Agentur für Arbeit – Caritas-Beraterin Helga Loibl läuft Sturm gegen gängige Praktiken

Von Caroline Strang

Regen. Hier kommt die Not der Menschen in Regen direkt an. Diplomsozialpädagogin Helga Loibl, Leiterin der allgemeinen Sozial- und Schuldnerberatung der Caritas in Regen, kennt viele Schicksale von armen und verschuldeten Regener Bürgern. „Ich habe täglich mit Notlagen zu tun“, sagt sie und schaut auf den Bildschirm ihres Computers. Ganz besonders betroffen machen sie die Notlagen, die durch Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger entstanden sind. Denn diese Vorgehensweise sei eines „reichen Landes unwürdig“.

„Die Auswirkungen sind oft verheerend, wenn man den Menschen das bisschen Geld, das sie eigentlich bekommen sollten, auch noch wegnimmt“, berichtet sie. Die Stromrechnungen könnten oft nicht mehr bezahlt werden, alles werde noch knapper. „Wenn man sieht, wieviel Geld für andere Dinge in unserem Staat da ist, ist das ein wirkliches Trauerspiel und es schadet der Gesellschaft“, meint Loibl.

Auch Ortrun Wochinger, Fachanwältin für Sozialrecht in Zwiesel, ist für den Einsatz gegen die gegenwärtige Form von Sanktionen. „Das Problem ist, wie weitgreifend die Strafen sind, es kann vorkommen, dass jemand für drei Monate überhaupt kein Geld bekommt“.

Neue Obdachlose sollen nicht geschaffen werden

Als Folge könnte der Betroffene dann seine Wohnung verlieren – „und es nutzt uns doch gar nichts, wenn wir neue Obdachlose schaffen“. Die Anwältin ist nicht dafür, die Sanktionen ganz abzuschaffen, „aber jeder Mensch sollte mindestens noch die Miete bekommen“. Und sie hofft, dass nicht mehr so viele Sanktionen ausgesprochen werden. Im Landkreis Regen sei man da durchaus recht streng.

Ein Blick in die Statistiken der



Sammelt Unterschriften für einen Stopp der Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger: Helga Loibl von der Caritas. – Foto: Strang

Agentur für Arbeit bestätigt diesen Eindruck: 4,3 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wurden hier zum Beispiel im Juni 2009 sanktioniert, bayernweit sind es 3,1 Prozent. Auch die Sanktionsbeträge befinden sich im Landkreis auf hohem Niveau. Johann Reiser, Leiter der Agentur für Arbeit in Zwiesel, erklärt diese Quote damit, dass die Arbeitslosenquote in dieser Gegend generell eher gering sei. „Wir haben es deshalb teilweise mit dem harten Kern zu tun“. In den Nachbarlandkreisen sei die Quote ähnlich hoch. Und er verteidigt die zuständigen Mitarbeiter: „Es ist leicht gesagt, dass wir streng sind und viele Sanktionen verhängen, aber das Gesetz gibt uns die Regeln vor“. Auch Helga Loibl sieht das ähnlich: „Die Politik schafft erst die Voraussetzungen, dass so etwas passiert, und da muss man auch ansetzen“.

Die Politik hat erst vor vier Jahren etwas getan: Mit Einführung von Hartz IV – der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und

Sozialhilfe – wurde erstmals die Möglichkeit geschaffen, arbeitssuchende Menschen bei „Fehlverhalten“ mit Entzug aller Geldleistungen zu bestrafen.

„Eher kleine Fehler als Böswilligkeit“

Sogar bis ins Geld für die Wohnung hinein kann die Agentur für Arbeit die Bezüge nun kürzen, wenn zum Beispiel ein Arbeitsangebot nicht angenommen wird, der Arbeitslose Termine nicht einhält oder nicht die festgelegte Zahl an Bewerbungen vorweisen kann.

„Das Amt übersieht dabei oft, dass viel mehr dahinter steckt, dass es vielmehr gewisse Schwächen sind, eher kleine Fehler als Böswilligkeit bei den Arbeitssuchenden“, beurteilt Helga Loibl. „Wenn Menschen den Anforderungen der Arge nicht gerecht werden, unterstellt die Behörde leider oft allzuschnell

Arbeitsunwilligkeit und greift zum Mittel der Sanktion, ohne die Sachlage aufzuklären. Dass viele Sanktionen zu Unrecht erfolgen, wird klar, wenn man weiß, dass 2008 immerhin 65 Prozent der Klagen gegen eine Sanktion erfolgreich waren“. Wenn die Menschen dann sanktioniert werden, geraten sie oft „in große Verzweiflung“.

Nicht nur verzweifelt war eine junge Frau aus Zwiesel. „Für mich ist eine Welt zusammengebrochen, ich war wütend und traurig“, beschreibt sie ihre Emotionen. Und: „Ich könnte die auf den Mond schießen“. Ihr Mann ist, so erzählt sie, seelisch erkrankt und habe außerdem große Probleme mit der Schulter. „Wir haben zwei Atteste vom Arzt eingereicht, weil er nicht arbeiten konnte, die wurden nicht anerkannt“. Die Folgen waren nicht nur eine Kürzung bzw. Streichung der finanziellen Unterstützung, „mein Mann hat sich geschämt, er hat sich nicht mehr in die Arge reingetraut und sogar Schreiben vor mir versteckt“. Wie

Mitglieder einer „Unterklasse“ seien sie behandelt worden, hätten sie sich gefühlt. Doch die Familie hat sich gewehrt. „Ich kann nur allen raten, sich rechtliche Hilfe zu holen und dagegen anzugehen“, sagt die junge Zwieslerin, die sich inzwischen selbst eine Ausbildungsstelle gesucht hat. Über 20 Änderungsbescheide hat sie inzwischen gesammelt, dicke Aktenordner voll mit Gerichtsdokumenten und Schreiben.

Auch eine junge Mutter aus Regen ist verärgert und versteht das Vorgehen der Agentur für Arbeit nicht. „Ich war schon sehr schockiert“, erzählt sie von ihrer Reaktion auf das Sanktionsschreiben. Sie hat ihren ersten Termin bei der Agentur für Arbeit verpasst – „ich hab es einfach nur vergessen“. Schockiert und grantig sei sie gewesen. „Ich hab gleich angerufen und mich entschuldigt, eine Begründung hab ich den Mitarbeitern auch geliefert“. Der Grund, warum sie den Termin verschwitzt hat: Ihr Kind hatte seinen ersten Tag im Kindergarten. „Man soll die ganze erste Woche im Kindergarten mit dabei sein“, meint die junge Frau. Dieser Grund wurde allerdings nachträglich nicht akzeptiert: 10 Prozent Kürzung der Bezüge waren die Folge der Termin-

panne. „Das sind in meinem Fall 36 Euro, das merke ich auf jeden Fall“. Mehr als das Geld ärgert sie allerdings die Uneinsichtigkeit der Behörde. „Man vergisst am Anfang einen Termin und zackbumm...es gibt gleich eine Strafe“, ärgert sie sich. Sie hat Widerspruch gegen die Kürzung eingelegt. Ob dieser Erfolg hat, kann sie nicht einschätzen.

Helga Loibl kann viele Fälle aufzählen, in denen die Kürzungen weitaus drastischer ausfielen. „Vor allem bei jungen Menschen zwischen 18 und 25 ist das Gesetz streng, bei denen wird schon beim ersten Versäumnis bis zu 100 Prozent gekürzt und die Miete nicht mehr bezahlt“. Sie ist überzeugt: „Solch drakonisches Vorgehen stiftet mehr Schaden als Nutzen“.

Johann Reiser, Leiter der Arge, spricht in diesem Zusammenhang von „Totalverweigerern“. „Wenn einer 100 Meter von uns hier entfernt wohnt, 25 Jahre alt ist und gesund, aber zu keinem Termin erscheint, dann haben wir rechtlich gar keine Möglichkeit, ihm weiterhin sein Geld zu bezahlen“, erklärt er. In einem solchen Fall gebe die Behörde allerdings Lebensmittelgutscheine aus. „Die müssen sie dann bei uns abholen und wir können die Gelegenheit nutzen, die Situation zu klären“.

INFORMATION

Um die Menschen im Landkreis auf die Sanktionsmechanismen gegen Hartz IV-Empfänger aufmerksam zu machen, steht Helga Loibl am morgigen Freitag, 6. November, im Einkaufspark in Regen an einem Infostand bereit. Von 9 bis 16 Uhr wird sie vor Ort informieren und Unterschriften für einen Stopp der Sanktionen sammeln. Sie wirbt damit für eine Vereinigung, die sich „Bündnis für ein Sanktionsmoratorium“ nennt. Die Forderungen des Bündnisses: „Die fragwürdige Sanktionspraxis gegen Erwerbslose muss sofort gestoppt werden. Um faire Lösungen zu schaffen, ist die Anwendung des § 31 SGB II auszusetzen.“ Denn, so ist auf der Homepage (www.sanktionsmoratorium.de) zu lesen: „Hartz-IV-Sanktionen bedeuten die Kürzung des Lebensnotwendigen. Sie sind unangemessen.“ Bisher haben knapp 14 000 Menschen, darunter auch Prominente wie der Autor Günter Grass, „Die Prinzen“-Sänger Sebastian Krumbiegel oder Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, unterzeichnet.